

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die nebengehaltene
Pettizelle für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 20 Goldpfennige, aus
weiteren Anzeigen 30 Goldpfennige,
Restliche Pettizelle 40 Goldpfennige,
amtliche 20 Goldpfennige.

Bestellungen nehmen die Anzeiger-
redaktion entgegen. - Erscheint wochentags,
Sonderdruck - Anschlag Nr. 22.

Telegraphische Anzeiger-Redaktion Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Nr. 1924

Nr. 12

Dienstag, den 15 Januar 1924

19. Jahrgang

Frankreich widersteht sich den Engländern in der Pfalzuntersuchung.

London lehnte es ab, seinen Münchener General-Konsul auf der Pfälzer Inspektionsreise durch einen französischen Offizier begleiten zu lassen. Frankreich reorganisiert sich durch Entsendung zweier Offiziere in die Pfälzer Zone zur Untersuchung der dortigen Lage. Eine Kölner „Times“-Melung kann diese Notwendigkeit nicht einsehen. Da bereits 20 bis 30 wichtige französische Beamte mit großen Stäben in Köln eifrig beschäftigt seien, die französischen Räte in der britischen Zone auszuführen ganz abgesehen von dem üblichen französischen Spionagedienst.

Der britische Botschafter betonte in einer langen Unterredung mit Poincaré erneut, die Rheinlandkommission sei zu keiner politischen Aktion berechtigt, welche über die Bestimmungen der Rheinlandvereinbarung hinausgingen. Poincaré verbatene, der Generalkonsul solle sich wenigstens von französischen Zivilbeamten begleiten lassen. Die englische Regierung betont die Unzulässigkeit, ihren Generalkonsul in Ausübung normaler Funktionen unter fremde Autorität oder Aufsicht zu stellen.

Vertikag, der sich hinter dem A. French-Korrespondenten des „Daily Telegraph“ versteckt, verkündet, die britische Regierung habe bereits in den französischen Vorschlag eingewilligt, daß die von ihr geforderte Untersuchung der Zustände in der Pfalz von der Rheinlandkommission vorgenommen werden soll, mit anderen Worten, daß man den Bod zum Gärtner machen will.

Im Augenblick läßt sich mit Bestimmtheit nicht mehr sagen als daß in dieser Sache die Unterhandlungen zwischen Paris und London noch fortdauern. Wie stark auf die öffentliche Meinung und den kommenden Regierungswechsel wird es wahrscheinlich dem Forenamt Obste unmöglich sein, in dieser Sache wieder zu kalkulieren. Der Versuch französischer Blätter, eine Mitschuld Englands an den Ereignissen in Speyer zu formulieren, gilt als eine unverschämte Verdrehung der Wahrheit.

Der liberale „Star“ schreibt in einem Veltaufsatz, betitelt „Das Judentum“: Die meisten unparteilichen Leute würden sagen, daß Heintz und seine Schwiegersöhne ihr Schicksal reichlich verdient hätten. Es sei einfach unerklärlich, daß einer Bande von Lumpen erlaubt werde, sich als eine Regierung zu maskieren, um einen Haufen brutaler Gefellen und früherer Zuchthäuser in der Terrorisierung einer friedlichen Bevölkerung anzuführen. Das Ganze unter dem Schutze der französischen Bajonette! Wenn etwas Ähnliches in England geschehen wäre, hätte es nicht so lange gedauert, bis jemand den Herrscher niedergeschossen hätte, und die meisten Engländer hätten dann gesagt: Gehsch ihm recht! Der Artikel schließt: Nächste Woche dürften wir wohl erfahren, wie lange die britische Regierung angesichts dieses Pfalzschwindels noch schweigen will.

General de Wieg feiert „Frankreichs Freund“ Heintz. Am Sonntag vormittag fand in Speyer die Trauerfeier für den Separatistenführer Heintz statt, die wieder ein Beweis dafür war, wie außerordentlich gering zahlenmäßig die Beteiligung der Pfälzer an der separatistischen Bewegung ist. Denn nur etwa 300 Personen, einschließlich der separatistischen Truppen und der Franzosen nahmen daran teil. General de Wieg feierte den Erschollenen in einer in französischer Sprache gehaltenen Rede als Freund Frankreichs und legte darauf, im Namen Frankreichs einen Kranz nieder.

Separatistische „Massenfundgebung“. Als Gegenfundgebung gegen die kürzlich von der Sudwulgshafener Bevölkerung gegen den separatistischen Terror veranstaltete Massenfundgebung versuchte der berichtigte, in Marseille geborene pfälzische Sonderbündler und Volksheld Kund, einen Demonstrationszug zu veranstalten. Während an der Fundgebung der Sudwulgshafener Bevölkerung gegen die sonderbündlerische Gewalt Herrschaft seitens 40 000 Personen beteiligt Geschlechts teilnahmen, brachte Kund trotz zweifelslosen Bemühungen nur etwa 40 Demonstranten zusammen, die noch vor Beginn des Zuges auseinanderliefen.

12 neue Truppennplätze für die Pfalz. Die Franzosen haben in der Pfalz den Bau von drei neuen Garnisonen und 12 neuen großen Truppenübungsplätzen in Angriff genommen. In Anbetracht dessen, daß es sich nur um ein kleines Gebiet mit rund 800 000 Einwohnern handelt, muß diese neue militärische Maßnahme als ungeheuerlich bezeichnet werden.

75 Goldmillionen Befugungskosten bezahlt. Zur vorläufigen Bedeckung der Befugungskosten sind am 10 Januar vom Reich 75 Millionen Goldmark zur Auszahlung an die Entente gebracht worden.

Beginn der Sitzungen des Sachverständigen-Ausschusses.

Die amerikanischen Vertreter in dem Ausschuss der Reparationskommission für Währungs- und Budgetfragen General Dawes und Owen Young, haben nach dem „Petit Parisien“ in den letzten Tagen die ihnen von der Reparationskommission zur Verfügung gestellten Akten über die deutsche Budgetordnung, über die Wirtschaft- und Finanzlage, über die Bilanz der Reichsbahn und der Rentenbank eingehend geprüft. An dieser Prüfung hat auch der offizielle Beobachter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission Logan teilgenommen. Ferner haben die beiden amerikanischen Sachverständigen mit den bereits in Paris angekommenen englischen Sachverständigen Sir Robert Anderson und Sir Stamp verhandelt. Heute vormittag 11 Uhr hält der Sachverständigenausschuss seine erste Sitzung ab, und es ist wahrscheinlich, daß er auch am Nachmittage tagen wird, um über die Arbeitsmethoden zu verhandeln. Da die amerikanischen Sachverständigen zu einem raschen Abschluß der Verhandlungen gelangen wollen, wird das erste Komitee des Ausschusses täglich zwei Sitzungen abhalten. Der amerikanische Delegierte für den Ausschuss zur Erörterung der deutschen Auslandsguthaben Robinson hat der Pariser Presse eine Erklärung übermittelt in der er hervorhebt, er habe bis jetzt keine Mitteilung über die Enquete zu machen, die ihn nach Paris geführt habe, und er habe auch nicht die Absicht, dies in Zukunft zu tun. Er beuge sich ohne Vorurteil an die Arbeit mit dem Wunsch, die Tatsachen unparteiisch zu erforschen und in der Hoffnung, daß man nach aufrichtiger Prüfung des Gegenstandes nach nationalen und internationalen Gesichtspunkten zu soliden Schlüssen gelangen werde.

Loucheurs Reparationsplan.

„L'Observateur“ wird die kommende Nummer der französischen „Revue de Paris“ einen wichtigen Artikel Loucheurs über Reparationen und Sicherheiten veröffentlichen. Loucheur fragt, ob der in der letzten Ansprache Millierands an das diplomatische Korps zum Ausdruck kommende Optimismus berechtigt sei, und befaßt diese Frage, da er überzeugt sei, daß wirkliche Maßnahmen jetzt ergriffen werden könnten, die zu einem Frieden mit Deutschland führen können. Er schreibt: Jede Partei, die jetzt in Großbritannien zur Macht gelangt, werde versuchen, eine annehmbare Lösung für die Beziehungen zu Frankreich zu finden. Wenn Frankreich beweisen könne, daß seine Befugung des Ruhrgebietes nicht zu einer wirtschaftlichen Hegemonie führe, indem es mit England ein wirtschaftliches Abkommen in Aussicht nimmt, so werden nach seiner Überzeugung die britischen Einwände verschwinden. Loucheur teilt mit, daß es möglich sei, eine Vereinbarung auf den folgenden Grundlagen zu finden:

1. Die Zahlung an Frankreich und Belgien der für Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete notwendigen Summen.
2. Vollständige Streichung der interalliierten Schulden, ausgenommen der an die Vereinigten Staaten.
3. Befreiung Deutschlands mit den von Amerika beanspruchten Beträgen.

Bezüglich der Sicherheitsfrage erklärt Loucheur, bei seinem Besuch im letzten April in London habe die Lösung des Sicherheitsproblems Ramsay MacDonald und zahlreiche andere englische Persönlichkeiten, die er getroffen habe, sehr stark beschäftigt, und sie seien allmählich zu dem Erkenntnis gekommen, daß Sicherheit eine Notwendigkeit seien, nicht nur für Frankreich, sondern auch für Großbritannien und ganz Europa. Dank der Ruhrbefugung habe, so führt Loucheur weiter aus, Frankreich jetzt mehr Kräfte in seiner Hand, weil die Engländer ebenso wie ihre Alliierten erkannt hätten, daß Deutschland gezwungen worden sei, seine Niederlage durch die Aufgabe jeden Widerstandes im Ruhrgebiet zuzugeben. Wenn Frankreich beabsichtige, diese Kräfte zu gebrauchen, sie jedoch nicht zu mißbrauchen, könne eine Vereinbarung auf folgender Grundlage erzielt werden: 1. Vom Standpunkt der Verträge auf der von Poincaré am 8. Januar 1923 oder der von Loucheur oben gegebenen Grundlage. 2. Vom Standpunkte der Sicherheiten seien die Grundlagen, die von ihm (Loucheur) in der französischen Kammer am 7. November 1922 niedergelegt seien, maßgebend, denen die französische Regierung seither zugestimmt habe.

Die Tendenz dieses Reparationsplanes ist recht einfach: England soll sich nicht mit Frankreich überworfen sondern an der günstigen Geschäftskonjunktur Poincarés seinen Anteil erhalten. Amerika soll seine Ansprüche bezahlt bekommen; das Geld aber aus Deutschland herausgepreßt werden. Daß damit die schwebenden Fragen keinen Schritt weiter kämen, daß es zu einem Frieden wie ihn die Welt wünscht, so nie und nimmer kommen kann, liegt auf der Hand.

Ein diskutabler Vorschlag.

Nach einer Meldung der „New York World“ aus Washington empfiehlt der Treuhänder für beschlagnahmtes Eigentum ehemaliger Feinde Miller dem Präsidenten Coolidge die sofortige Gründung einer Bundesbehörde, die, gestützt auf die beschlagnahmten Vermögenswerte, den deutsch-amerikanischen Handel wieder zu beleben hätte. Er erklärt, 180 Millionen Dollars seien verfügbar, die aus dem Verkauf fremden, beschlagnahmten Eigentums erzielt worden seien. Miller glaubt diese Vermögenswerte könnten so vorteilhaft zur Wiederherstellung der Handelsbeziehungen verwendet werden, daß alle anerkannten amerikanischen Forderungen an Deutschland aus dem Gewinn gedeckt werden könnten. Die Vermögensstücke selbst könnten gegebenenfalls ihrem rechtmäßigen Eigentümer unaekürzt überwiesen werden, so daß jede Konfiskation fremden Eigentums hierbei vermieden würde. Miller fügte hinzu, die völlige Regelung der Frage des beschlagnahmten Eigentums werde mehrere Jahre beanspruchen.

Die rheinische Notenbank.

300 Millionen Goldmark Notgeld.

Die seit langem geführten Verhandlungen über die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für das besetzte Gebiet haben bisher zu einem Ergebnis noch nicht geführt; sie dürften aber jetzt ungefähr vor dem Abschluß stehen. Geplant ist einmal die Ausgabe eines wertbeständigen Notgeldes durch die Gemeinden des gesamten besetzten Gebietes in Verbindung mit den beteiligten Landesbanken der Rheinprovinz Westfalens Hessens und der Pfalz, das in der Hauptsache zur Regelung des Zahlungsverkehrs dienen soll, und zweitens die Schaffung eines rheinischen Noteninstituts zur Bekämpfung des Kredit der Wirtschaft des besetzten Gebietes, die sogenannte Rheinische Goldnotenbank. Das wertbeständige Notgeld der Gemeinden das durch die Landesbank der Rheinprovinz ausgegeben werden soll, wird durch Sicherheiten der Gemeinden voll gedeckt. Es sollen insgesamt für 300 Millionen Goldmark Notgeld ausgegeben werden, wozu noch 100 Millionen zur Deckung des Bedürfnisses der beteiligten Gemeinden für das erste Vierteljahr 1924 kommen. Von dem ursprünglichen Plan, das Notgeld auf Dollarkurs aufzubauen, hat man jetzt Abstand genommen. Es soll eine sogenannte kommunale Mark ausgegeben werden die aller Voraussicht nach wie die Rentenmark gleich einer Billion Papiermark ist.

Keine Immunität für Hochverräter.

Unter dem 8. Januar hat der rheinische Separatistenführer Matthes im Namen des rheinisch-westfälischen Unabhängigkeitsbundes aus Düsseldorf, an den Reichstag folgende Anfrage gerichtet:

„Werden „separatistische“ Kandidaten, die für die nächsten Wahlen zu ihrem Parlament aufgestellt werden falls sie als Volksvertreter gewählt sind, die Immunität genießen, also in voller persönlicher und parlamentarischer Freiheit ihr Amt erfüllen können?“ Auf diese Schreiben hat Reichspräsident Ebert am Montag u. a. folgendes erwidert: „Die absolute Abgeordneten-Immunität nach Artikel 38 bezieht sich nur auf Meinungen und Abstimmungen bei Ausübung des Abgeordnetenmandates im Reichstag selbst. Solche können bei Ihnen vorläufig nicht in Frage kommen. Ich erlaube mir, Sie darauf hinzuweisen, daß der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags neuerdings die Praxis ist, bei Hochverratsprozessen die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Die hierzu für Sie sich ergebenden Schlüsse können Sie demnach wohl selbst ziehen.“

Kleine politische Meldungen.

Keine Privatisierung der Reichsbahn. Der Reichsverkehrsminister Dr. Dezer gab bei einem Besuche bei der Württembergischen Regierung die Erklärung ab, daß an eine Privatisierung der Reichsbahn nicht gedacht werden könne, daß vielmehr beabsichtigt sei, die Reichsbahn nach wie vor im Reichseigentum zu behalten und nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betreiben. Die Umgestaltung der Reichsbahn und die Veranschlagung der Interessen der Einzelländer bedürfen noch eingehender Prüfung.

Kein Reichskommissar für Thüringen. Zwischen der Reichsregierung und der Thüringer Regierung ist eine Vereinbarung über die Beschwerdepunkte, die gegen Thüringen vorgelegt haben, erzielt worden. Die thüringische Regierung hat sich bereit erklärt, gewisse Resolutionen der Reichsregierung ungesäumt zu erfüllen. Die Reichsregierung wird von der Entsendung eines Reichskommissars nach Thüringen absehen.

Gegen den Ausnahmestand. Am Sonntag hat in Spandau-Pallenberg (Berlin) ein radikaler Betriebsrat, songreß stattgefunden, zu dem Vertreter aus dem ganzen

Stade verlassen
Der Schloß
in Wänden
er war und bes
gen in Konstit
als er auf der
vorher gelob
Franken
reichsarmee ge
wel, bis drei
schlief nur fünf
Menge abzu
auch bei gleich
und Metzropol
er um 15 Cent.
Papiera, Der
n haben große
der niedrige
es bleibt abzu
ung des Fran
en Markt ge
Nach einer
die Königin
der Wagen
Der König
wundet wurde
daß dieser
wird Kauf
falschen Wür
erteinberu
zusammenst
stündet und
bestrigen Stad
findet morgen
im Stadthaus
Ansprache steht
bewahnter,
Stadtrat.
Aue,
abmweife noch
angenommen
gelöst werden
der Stadt.
och,
SEN.
S.4
nsterlin
Kayser,
9 Uhr.
eur
selben kann,
Ergeb.
tende
en
ternd gut
erin
abhol.
h
lucht
100